

Auswärtige Kulturpolitik als Ziel oder Mittel?

Über die Notwendigkeiten einer Neuorientierung

Iris Jana Magdowski

Der Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft hat in seiner Erklärung zur Bundestagswahl 2005 angeregt, Aufgaben zu bündeln und die Koordination zu verbessern. Mit der Schaffung des Amtes eines Staatsministers für Kultur und Medien ist 1998 zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht worden, aber die klare Zuordnung von Kompetenzen, die ein solches Ministeramt braucht, ist bislang nur halbherzig erfolgt. Der Vorstand hat deshalb darauf hingewiesen, daß die Verantwortung für Kunst und Kultur in der Bundesregierung derzeit auf zu viele Ressorts verteilt sei.

Zustimmung haben wir bei Günter Nooke gefunden, der als kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein wichtiger Vertreter kulturpolitischer Interessen ist (s. Kasten). Er hat allerdings auch angemerkt, daß »etwas unklar geblieben sei, was mit der besseren Koordinierung der innerstaatlichen und Auswärtigen Kulturpolitik gemeint sei« – und hat damit den heikelsten Punkt im Kompetenzgerangel der letzten Legislaturperiode getroffen.

Politik beginnt mit dem Erkennen der Realitäten. In einer Koalition gibt kein Koalitionspartner gern etwas ab, besonders dann nicht, wenn er so machtbesusst agiert wie Joschka Fischer. Bei den Koalitionsverhandlungen 2002 hatte er alle Versuche abgewehrt, seine Kompetenzen in der Außenpolitik und in der Auswärtigen Kulturpolitik durch Zuständigkeitsverlagerungen aus dem Amt heraus zu schwächen. Manch sinnvolle Bereinigung ist dabei auf der Strecke geblieben, obwohl andererseits sachliche Argumente durchaus für einen Aufgabenzuwachs beim Auswärtigen Amt im Bereich der Entwicklungspolitik gesprochen hätten. Die Entwicklungspolitik erhöht ihren Wirkungsgrad, wenn sie Bestandteil der Außenpolitik ist. Die Franzosen haben diesen Schritt vollzogen.

In Deutschland gibt es dafür ein eigenes Ministerium und gelegentlich zwei Minister, die redlich versuchen, die Aufgaben arbeitsteilig zu bewältigen.

Das Verhältnis von Auswärtiger Kulturpolitik zur innerstaatlichen Kulturpolitik, namentlich die

Abgrenzung beider Bereiche in der Regierungsarbeit ist wesentlich komplizierter. Die in Deutschland noch junge Disziplin der Auswärtigen Kulturpolitik – erst 1920 schuf sich das Auswärtige Amt eine Kulturabteilung – hat nicht etwa die Förderung der Kultur als Ziel, sondern ihre Nutzung für Ziele der Außenpolitik. In der Weimarer Zeit sollte Auswärtige Kulturpolitik ein positives Deutschlandbild vermitteln und zur Wiederaufnahme Deutschlands in die internationale Völkergemeinschaft beitragen. Die Wiederaufnahme der Auswärtigen Kulturpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zielte in eine ähnliche Richtung, wurde allerdings später um weitere Aufgaben wie z.B. die kulturellen Austauschbeziehungen erweitert. Mit dem Strategiewechsel weg vom reinen Kulturexport hin zum Kulturaustausch war es notwendig geworden, innerstaatliche Kooperationspartner zu finden, die diesen Kulturaustausch ermöglichen. Innerstaatliche Kulturpolitik ist aber primär Förderpolitik und so warnten führende Kulturpolitiker vor der Instrumentalisierung der Kultur für Ziele der Außenpolitik.

Besonders deutlich wird der unterschiedliche politische Ansatz bei der Konzeption 2000 von Außenminister Fischer. Er verknüpft darin erstmalig die Auswärtige Kulturpolitik mit außenpolitischen Zielen wie Friedenssicherung, Konfliktverhütung, Menschenrechtsfragen und Demokratieförderung. Dass dabei die eine oder andere Neugründung eines Goethe-Instituts nur Symbolcharakter hatte statt arbeitsfähig zu sein – die Neugründung des Goethe-Instituts in Ramallah ist ein beredtes Zeugnis dafür – steht auf einem anderen Blatt.

Mit der europäischen Integration haben sich weite Teile des Regierungshandelns »europäisiert«. Wenn innerhalb der Bundesregierung 340 Referate mit internationalen Aufgaben beschäftigt sind, aber nur 70 davon zum Auswärtigen Amt gehören, so wird damit »jeder Fachminister faktisch zum Außenminister des von ihm verwalteten Fachbereichs« stellen Andreae und Kaiser in ihrem Beitrag zur »Außenpolitik« der Fachministerien 1998 fest. »Von den derzeit 1,1 Mrd. Euro an

Dr. Iris Jana Magdowski ist Vizepräsidentin der KuPoGe Mitglied der Mitgliederversammlung des Goethe-Instituts.





»Mauermahnmal im Deutschen Bundestag (Marie-Elisabeth-Lüders-Haus)«, Berlin (Foto: Olaf Gehrke)

Bundesmitteln für Programme und Projekte der Auswärtigen Kulturpolitik laufen nur noch 50 % über das Auswärtige Amt«, resümierte 2002 der Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen Kurt-Jürgen Maaß vor Fachpublikum.

Gleiches gilt aber auch für die innerstaatliche Kulturpolitik und -arbeit. Die Aktivitäten der Bundesländer im internationalen Kulturbereich haben zugenommen, Städte und Gemeinden sind mit ihren fast 7.000 Städtepartnerschaften eine wichtige Säule für die Auswärtige Kulturpolitik. Nachdem das Auswärtige Amt in den letzten Jahren finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet war und Gelder für die Kulturprogramme der Mittlerorganisationen immer spärlicher flossen, liegen in der klugen, mit außenpolitischen Sachverstand getragenen Unterstützung all dieser Aktivitäten vielfältige Chancen. Aber die Kommunen sind selbstbewußter geworden und wollen in die Entscheidungsprozesse zur Aus-

Für Kontinuität und Verlässlichkeit in der Kulturpolitik

»Der Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft hat mit Bedacht und Umsicht ein Papier vorgelegt, das zentrale kulturpolitische Themen nennt, an denen die künftige Regierung nach der Bundestagswahl weiterarbeiten sollte. Dabei wird die gewachsene Bedeutung der Kulturpolitik betont und der große parteiübergreifende Konsens, der in den meisten Entscheidungen auf Bundesebene erkennbar wurde.

Auffällig ist der Gestus des Papiers, das sich als Vorschlag versteht und auf schrille Appelle ebenso verzichtet wie auf hektische Kommentare. Es zeigt damit: Was wir brauchen ist Besonnenheit und Verlässlichkeit in der Kulturpolitik.

Auch nötige konzeptionelle Weiterentwicklungen werden angesprochen. Etwas unklar bleibt, was mit der »besseren Koordinierung der innerstaatlichen und auswärtigen Kulturpolitik« gemeint ist.

Eine Idee könnte sein, dem Goethe-Institut die Verantwortung für das derzeit leitungslöse Haus der Kulturen der Welt zu übergeben. Das Haus könnte ganz bewusst als dasjenige profiliert werden, in das wir unsere ausländischen Partner einladen - im Sinne einer echten Zweibahnstraße in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. BKM und Auswärtiges Amt wären verpflichtet, stärker zusammenzuarbeiten.«

Günter Nooke in einer Presseerklärung vom 6. Sept. 2005 zu dem Positionspapier der Kulturpolitischen Gesellschaft zur Bundestagswahl »Kompetenzen ordnen – Schwerpunkte definieren« vom 5. Sept.

wärtigen Kulturpolitik, die ihre Aktivitäten umfassen, frühzeitig einbezogen werden. Schon 2002 bekannte Kurt-Jürgen Maaß: »Zwar gibt es Bedenken, da die Kommunen verfassungsrechtlich keine Zuständigkeit in der Außenpolitik haben, doch sind diese Bedenken von der Praxis »überrollt« worden«. Es wäre schön, wenn die Akteure der Auswärtigen Kulturpolitik dies als Chance begreifen und entsprechende Synergien fördern würden. Die Klagen des früheren Stadtdirektors von Düsseldorf und heutigen Chefs der Staatskanzlei von NRW Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff würden dann endgültig der Vergangenheit angehören. Grosse-Brockhoff hatte sich beklagt, daß er von den Plänen der Bundesregierung zu einem Japan-Jahr viel zu spät in Kenntnis gesetzt worden sei, obwohl Düsseldorf eine große japanische Gemeinde hat und zahlreiche kulturelle Kontakte mit japanischen Kultureinrichtungen pflegt. Bereinigt werden müssen zudem Kompetenzüberschneidungen zwischen Bundeskulturbeauftragtem und Außenminister. Da der Staatsminister für Kultur und Medien Repräsentant der Kultur Deutschlands ist – soweit der Föderalismus dies zuläßt – muß er auch durchgängig federführender Ansprechpartner für die Koordinierung der deutschen Aktivitäten sein.

Neben den staatlichen bzw. kommunalen Akteuren haben in den letzten Jahren private Stiftungen und Nicht-Regierungsorganisationen die internationalen Kulturbeziehungen mitgestaltet. Wenn man die Arbeit der operativ tätigen Stiftungen verfolgt (z.B. Bertelsmann- oder Bosch-Stiftung), so agieren Stiftungen schneller und flexibler als staatliche Stellen. Sie werden noch an Einfluß gewinnen, wenn wegen der Krise der öffentlichen Haushalte so gut wie keine Handlungsspielräume bestehen. Hier gilt es, die Stiftungen und ihre Arbeit geschickt in die eigenen Planungsprozesse einzubauen, ohne sie zu bevorzugen. Ein solches partnerschaftliches Miteinander will gelernt sein, denn die Ziele der Stiftungen orientieren sich nicht an den politischen Schwerpunkten der Bundesregierung oder den von Ihnen formulierten Rahmenrichtlinien. Sie würden sich im Gegenteil einer solchen Verinnahmung widersetzen.

Gesellschaftliche Veränderungsprozesse hin zum aktivierenden Staat verbunden mit einer Abkehr von traditionellen staatlichen Zuständigkeitsrastern und eine zunehmende Internationalisierung der Regierungsarbeit erfordern eine Überprüfung der Aufgabenzuweisungen an die Ressorts und politischen Gremien. Dazu gehört auch die Kulturpolitik, die Auswärtige Kulturpolitik eingeschlossen. Die neue Bundesregierung und der neue Bundestag werden sich dieser Aufgabe gemeinsam stellen müssen.